

Amtsblatt

für den Kreis Paderborn

zugleich satzungsmäßiges Verkündungsorgan der Stadt Bad Wünnenberg

69. Jahrgang

04. Oktober 2012

Nr. 38/ S. 1

Inhaltsübersicht:

Seite:

- | | | |
|----------|---|-------|
| 99/2012 | Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Bad Wünnenberg über das Widerspruchsrecht und das Erfordernis der Einwilligung bei Melderegisterauskünften in besonderen Fällen | 2 - 3 |
| 100/2012 | Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Bad Wünnenberg über Widerspruchsmöglichkeiten gegen die Datenübermittlung gemäß Wehrpflichtgesetz | 4 |
| 101/2012 | Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Bad Wünnenberg über die 61. Änderung des Flächennutzungsplanes | 5 |
| 102/2012 | Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Bad Wünnenberg über die 5. Änderung des Bebauungsplanes Haaren Nr. 1 „Schwafen“ | 6 - 7 |
| 103/2012 | Öffentliche Bekanntmachung der Bezirksregierung Detmold – Höhere Landschaftsbehörde - über die geplante Ausweisung des Naturschutzgebietes „Rietberger Emsniederungen“ im Bereich der Stadt Rietberg und der Stadt Delbrück;
hier: öffentliche Auslage des überarbeiteten Verordnungsentwurfes | 8 - 9 |
| 104/2012 | Öffentliche Bekanntmachung der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH über die Feststellung des Jahresabschlusses 2011 | 10 |

99/2012

Stadt Bad Wünnenberg
- Der Bürgermeister -

Bad Wünnenberg, 28.09.2012



Öffentliche Bekanntmachung

gemäß § 35 Abs. 6 des Meldegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (MG NRW) über das Widerspruchsrecht und das Erfordernis der Einwilligung bei Melderegisterauskünften in besonderen Fällen (§ 35 Abs. 1 - 4 MG NRW)

Widerspruchsrecht

Die Stadt Bad Wünnenberg darf als Meldebehörde Auskünfte erteilen an

1. Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Parlaments- und Kommunalwahlen: Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften von Gruppen von Wahlberechtigten, für deren Zusammensetzung das Lebensalter der Betroffenen bestimmend ist (§ 35 Abs. 1 MG NRW),
2. Antragsteller und Parteien im Zusammenhang mit Volksbegehren und Volksentscheiden sowie mit Bürgerentscheiden: Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften von Gruppen von Abstimmungsberechtigten, für deren Zusammensetzung das Lebensalter der Betroffenen bestimmend ist (§ 35 Abs. 2 MG NRW).

Die Betroffenen haben das Recht, der Weitergabe ihrer Daten zu widersprechen. Das Widerspruchsrecht kann

bei Wahlen	bis 6 Monate vor dem Wahltermin,
bei Volksbegehren	bis zur Veröffentlichung der Zulassung der Listenauslegung,
bei Volksentscheiden	bis zum Tage der Veröffentlichung des Abstimmungstages,
bei Bürgerentscheiden	bis zum Tage der Entscheidung, nach der einem zulässigen Bürgerbegehren nicht entsprochen wird,

durch Erklärung bei der Meldebehörde ausgeübt werden.

Erfordernis der Einwilligung

Die Stadt Bad Wünnenberg darf als Meldebehörde

1. Mitgliedern parlamentarischer und kommunaler Vertretungskörperschaften sowie Presse und Rundfunk eine Melderegisterauskunft über Alters- und Ehejubiläen von Einwohnern (Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften sowie Tag und Art des Jubiläums) nach deren Einwilligung erteilen (§ 35 Abs. 3 MG NRW),

**Amtsblatt
für den Kreis Paderborn**

69. Jahrgang

04. Oktober 2012

Nr. 38 / S. 3

2. Adressbuchverlagen zum Zweck der Veröffentlichung in gedruckten Adressbüchern Auskunft über Vor- und Familiennamen, Doktorgrad und Anschriften sämtlicher Einwohner erteilen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Übermittlung der Daten ist nur zulässig, sofern die Betroffenen zuvor schriftlich eingewilligt haben (§ 35 Abs. 4 MG NRW).

Die Einwilligung kann bei der Meldebehörde erklärt werden.

Widersprüche und Einwilligungen gelten bis zum jederzeit möglichen Widerruf.

Auf das Widerspruchsrecht und das Erfordernis der Einwilligung wird hiermit hingewiesen.

Bad Wünnenberg, den 28.09.2012

Der Bürgermeister

gez.

(Menne)

100/2012

Stadt Bad Wünnenberg
- Der Bürgermeister -

Bad Wünnenberg, 28.09.2012



Öffentliche Bekanntmachung

Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften (Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 – WehrRÄndG 2011)

Widerspruchsmöglichkeit gegen die Datenübermittlung gemäß § 58 Wehrpflichtgesetz

Gemäß § 58 des Wehrpflichtgesetzes übermitteln die Meldebehörden dem Bundesamt für Wehrpflicht zum Zwecke der Übersendung von Informationsmaterial jährlich bis zum 31. März folgende Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden:

1. Familienname,
2. Vornamen,
3. gegenwärtige Anschrift.

Die Datenübermittlung unterbleibt, wenn die Betroffenen ihr nach § 18 Absatz 7 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) widersprochen haben.

Gemäß § 18 Absatz 7 Satz 2 des MRRG in Verbindung mit § 25 MRRG weise ich durch diese öffentliche Bekanntmachung darauf hin, dass die Personen, die im Kalenderjahr 2013 das achtzehnte Lebensjahr vollenden, der Datenübermittlung im Rahmen des § 58 Wehrpflichtgesetz widersprechen können.

Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Bad Wünnenberg, Bürgerbüro, Poststraße 15, 33181 Bad Wünnenberg einzulegen.

gez.

(Menne)

101/2012

Stadt Bad Wünnenberg
- Der Bürgermeister -

Bad Wünnenberg, 28.09.2012



Öffentliche Bekanntmachung

**61. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bad Wünnenberg
hier: Darstellung von Windvorranggebieten zur substanziellen Nutzung der
Windenergie im Gebiet der Stadt Bad Wünnenberg**

hier: Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 Baugesetzbuch
(BauGB)

Der Rat der Stadt Bad Wünnenberg hat in seiner Sitzung am 27.09.2012 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509), die Änderung des Flächennutzungsplanes zur Darstellung von Windvorranggebieten zur substanziellen Nutzung der Windenergie im Gebiet der Stadt Bad Wünnenberg beschlossen.

Der Änderungsbeschluss wird hiermit gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Menne

102/2012

Stadt Bad Wünnenberg
Der Bürgermeister

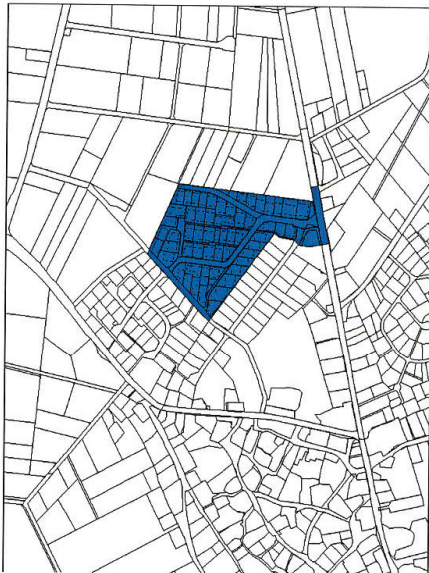
Bad Wünnenberg, 28.09.2012

Öffentliche Bekanntmachung

5. Änderung des Bebauungsplanes Haaren Nr. 1 „Schwafen“

Der Rat der Stadt Bad Wünnenberg hat in seiner Sitzung am 27.09.2012 die 5. Änderung des Bebauungsplanes Haaren Nr. 1 „Schwafen“ einschl. Begründung gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes ist im nachfolgenden Übersichtsplan, der keine Planaussagen enthält, dargestellt.



Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Haaren Nr. 1 „Schwafen“ einschl. Begründung kann ab sofort gem. § 10 BauGB bei der Stadtverwaltung Bad Wünnenberg, Außenstelle Bauamt, Kirchstraße 10, 33181 Bad Wünnenberg, Stadtteil Fürstenberg, während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt des Bebauungsplanes einschl. Begründung Auskunft verlangt werden.

Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Haaren Nr. 1 „Schwafen“ wird mit dieser Bekanntmachung wirksam.

Hinweise

Hinweis gem. § 44 BauGB:

Es wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB in der zurzeit gültigen Fassung über die fristgemäße Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen wegen eingetretener Vermögensnachteile nach den §§ 39 bis 42 BauGB und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen.

Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Hinweis gem. § 215 BauGB:

Unbeachtlich werden gemäß § 215 Abs. 1 BauGB in der zurzeit gültigen Fassung

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Änderung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Bad Wünnenberg unter Darlegung des die Verletzung oder den Mangel begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Hinweis gem. § 7 Gemeindeordnung NW

Hingewiesen wird ferner auf § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der zurzeit gültigen Fassung, wonach die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GO NW beim Zustandekommen dieses Bebauungsplanes nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) der Bebauungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Bad Wünnenberg vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.


Bürgermeister

103/2012

Bekanntmachung

**Unterschutzstellung des ca. 470 ha großen auszuweisenden
Naturschutzgebietes „Rietberger Emsniederung“
im Bereich der Stadt Rietberg, Kreis Gütersloh und der Stadt Delbrück, Kreis Paderborn**

Stadt Delbrück

Gemarkung Westerloh

Flur 1, Flurstücke 30, 31, 32, 34, 77
Flur 3, Flurstücke 2, 3, 4, 5, 6 tlw., 7 tlw., 9, 10, 137,
Flur 10, Flurstück 16 tlw.

Stadt Rietberg

Gemarkung Rietberg

Flur 17, Flurstücke 9, 11, 12, 13, 14, 15, 19, 21, 22, 24, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 85, 86, 87, 88, 113, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 152, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 226, 227, 228, 231, 232, 426, 427, 428, 429, 448, 449, 450, 451, 452, 454 tlw., 456, 464 tlw., 465 tlw., 624, 640 tlw., 646 tlw., 665 tlw., 666, 669, 670, 671, 672, 673, 676, 677, 678, 679,

Flur 18, Flurstücke 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 109, 110, 111, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 143, 144, 145, 146, 148, 150, 151, 152 tlw., 156, 157, 158, 159, 163, 165, 166, 168, 169, 170, 172, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206 tlw., 207 tlw., 208, 209, 210, 212, 213, 235, 236, 242 tlw., 253, 254, 259 tlw., 295, 298, 300, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312,

Flur 19, Flurstücke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 84, 85, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 97, 101, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 124, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 191, 192, 193, 210, 211, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 221, 222,

Flur 43, Flurstücke 20 tlw., 21 tlw., 22, 23, 24, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43 tlw., 44, 45, 50 tlw., 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 67, 68, 71, 72, 73, 74, 75, 78 tlw., 91, 94 tlw., 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107,

Gemarkung Westerwiehe

Flur 5, Flurstücke 60 tlw., 61 tlw., 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 83 tlw.,

Flur 6, Flurstücke 5, 6, 7 tlw., 8, 12 tlw., 13, 14, 15 tlw., 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42 tlw., 48 tlw., 49 tlw., 50 tlw., 55 tlw., 70, 73 tlw., 84, 89, 90 tlw.,

Flur 7, Flurstücke 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 114, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 136 tlw., 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 179, 182, 185 tlw.,

Flur 8, Flurstücke 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 511, 512, 513, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526 tlw., 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 545 tlw., 546 tlw., 547 tlw., 548, 549 tlw., 550 tlw., 554, 555, 556, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 581, 582, 583,

**Amtsblatt
für den Kreis Paderborn**

69. Jahrgang

04. Oktober 2012

Nr. 38 / S. 9

Flur 9, Flurstücke 43, 44, 60, 61 tlw., 65 tlw.

Flur 17, Flurstücke 532 tlw., 533, 534, 535, 536, 537, 543, 544 tlw., 546, 547 tlw., 571 und 585.

Die Bezirksregierung Detmold beabsichtigt, das o. a. Naturschutzgebiet gemäß § 22 Abs. 1 und 2 sowie § 23 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege – Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) – sowie §§ 42 a Abs. 1 und 3, 42 d in Verbindung mit den §§ 8 und 73 Abs. 1 Satz 2 des Landschaftsgesetzes (LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000 (GV. NRW S. 568/SGV. NRW 791) und der §§ 12, 25 und 27 des Ordnungsbehördengesetzes (OBG) sowie § 20 des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen (LJG-NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1994 (GV. NRW 1995 S. 2/SGV. NRW 792) – hinsichtlich der Regelungen zur Ausübung der Jagd im Einvernehmen mit der oberen Jagdbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen - durch ordnungsbehördliche Verordnung unter Naturschutz zu stellen.

Der überarbeitete Verordnungsentwurf einschließlich der Übersichtskarte und der Naturschutzgebietskarte liegt in der Zeit vom 15. Oktober 2012 bis zum 16. November 2012

bei der Kreisverwaltung Gütersloh, Kreishaus Wiedenbrück, Wasserstraße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Zimmer 313, während der Dienststunden
montags bis freitags von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr und
montags bis donnerstags von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

bei der Kreisverwaltung Paderborn, Aldegreverstraße 10-14, 33102 Paderborn, Zimmer 807, während der Dienststunden
montags bis freitags von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr und
donnerstags von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr und
von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

bei der Bezirksregierung Detmold, Leopoldstr. 15, 32756 Detmold, Zimmer A 228, während der Dienststunden
montags bis freitags von 08.30 Uhr bis 12.00 Uhr und
von 13.30 Uhr bis 15.00 Uhr
zur allgemeinen Einsicht aus.

Die Eigentümer und sonstigen Berechtigten können Bedenken und Anregungen während der Auslegungszeit bei der Bezirksregierung Detmold, Leopoldstr. 15, 32756 Detmold, schriftlich oder zur Niederschrift erheben.

Beim Landrat des Kreises Gütersloh können Bedenken und Anregungen schriftlich in 33324 Gütersloh und zur Niederschrift im Kreishaus Wiedenbrück, Wasserstraße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, erhoben werden.

Ebenso können beim Landrat des Kreises Paderborn, Aldegreverstraße 10-14, Paderborn, Bedenken und Anregungen schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden.

Aus der den Einwand enthaltenden Eingabe muss die vollständige Anschrift des Einwenders zu ersehen sein. Die Bedenken und Anregungen sollen näher begründet werden.

Aktenzeichen
51.30-212

Detmold, den 24. September 2012
Bezirksregierung Detmold
- Höhere Landschaftsbehörde -
Im Auftrag
gez.
Waltemate

104/2012

Öffentliche Bekanntmachung

Die Gesellschafterversammlung der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH hat am 27.06.2012 den Jahresabschluss zum 31.12.2011 festgestellt und über die Verwendung des Jahresergebnisses in der Gesellschafterversammlung vom 27.06.2012 wie folgt beschlossen:

Der Jahresabschluss 2011 und der Lagebericht in der von PWC AG geprüften Form werden festgestellt. Der Jahresfehlbetrag von 1.451.140,23 EUR wird mit bestehenden Gewinnrücklagen verrechnet.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht liegen in der Zeit vom 22.10. – 02.11.2012 im Verwaltungsgebäude des Flughafens Paderborn/Lippstadt, Flughafenstraße 33, 33142 Büren-Ahden, zur Einsichtnahme aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und des Lageberichts der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Niederlassung Bielefeld, hat folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH, Büren-Ahden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bielefeld, den 11. Juni 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Ulrich Götte ppa. Moritz Meyer
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer